

HA-DO. 15.04.2010

# Zahlensalat kann wenig klären

## Im Haupt- und Finanzausschuss steht die Vergabepraxis der Stadt auf dem Prüfstand

**Hanau (mum).** Der Punkt Nummer fünf auf der Tagesordnung der 40. öffentlichen Sitzung des Hanauer Haupt- und Finanzausschusses war der einzige, der wirklich mit Spannung erwartet wurde. An dieser Stelle nämlich sollte es auf Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke um die kritisierte Vergabepraxis der Stadt gehen.

Die Zuschauer ahnten schon, was auf sie zukommen würde, als Oberbürgermeister Claus Kaminsky mit zahlreichen Mappen und Papierstapeln unter dem Arm den Elisabeth-Selbert-Saal im Neustädter Rathaus betrat. Schließlich ging es um ein paar Millionen – auch im übertragenen Sinne. Um die Anfrage der beiden Oppositionsparteien im Hanauer Stadtparlament also allumfassend zu beantworten, sollte detailliertes Zahlenmaterial als Beweis herangezogen werden.

Zur Erinnerung: In einem Gespräch mit der HA-Redaktion hatte Kreishandwerksmeister Martin Gutmann im Zusammenhang mit dem so genannten Konjunkturpaket die Stadt Hanau mit deutlichen Worten kritisiert. Sie habe sich an die Vorgaben des Erlasses, in möglichst kleinteiligen Losen zu vergeben und damit den Weg für kleine und mittelständische Betriebe vor Ort frei zu machen, nicht gehalten. Stattdessen sei in den meisten Fällen die Vergabe an Generalunternehmer (GU) erfolgt. Damit seien die Handwerker vor Ort chancenlos gewesen. Das Rathaus reagierte verschnupft. Man habe schließlich nichts zu verschenken, eine Aufteilung der Lose sei in dem engen Zeitfenster, welches das Aufschwungpaket vorsehe, nicht möglich. Am Ende also: Die Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Die Linke, die sich vom Magistrat nun nochmal ganz genau erklären lassen wollten, wie das denn so gelaufen sei mit der ganzen Baukohle. Die Krux: Während es der Kreishandwerksspitze ja explizit um das Konjunkturpaket ging, forderte die CDU-Fraktion in insgesamt 13 Fragen Antworten zu Summen, Aufträgen und anderen relevanten Themen für die Jahre 2004 bis 2009. Haarscharf vorbei also am ursprünglichen Kritikpunkt und, so Beobachter nach der Sitzung, ein Wegbereiter für schwammige Diskussionen und Ablenkungsmanöver der Stadtspitze.

Oberbürgermeister Claus Kaminsky freute sich nach eigenen Angaben erstmal ordentlich über das Thema – man habe es zum Anlass genommen, sich grundsätzlich und umfänglich damit zu befassen. Und wo man gerade bei Grundsätzen sei: Grundsätzlich differenziere man auch in den Aufstellungen nach Firmen in Hanau, Firmen im Ballungsgebiet und sonstigem Bundesgebiet. Wichtig seien doch auch die Vergaben in der Region. Diese nun werde von der Stadt Hanau im Postleitzahlengebiet 60 bis 65 definiert – für Kaminsky „die unterste Begrenzung, die man gerade noch vertreten kann“. Nach Auffassung der Stadt sei es ein Geben und Nehmen in eben dieser Region, die Stadt in zahlreiche Organisationen im Rhein-Main-Gebiet eingebunden; und überdies würden Hanauer Betriebe von den auf die Stadt zurrollenden Investitionen, beispielsweise durch den Wettbewerblichen Dialog, profitieren. Denn: „Wir werben darum, Handwerker vor Ort zu nehmen“, so der OB, „ich will dem Eindruck entgegen wirken, die Investitionen gingen an Hanau vorbei.“

### Bleibt in Hanau etwas hängen?

Schließlich wurde dann sogar das Stadt- überhaupt ein bisschen konkreter: Unterstützung für das heimische Baugewerbe hin oder her: „Die Stadt Hanau ist an gesetzliche Vorgaben gebunden.“ Diese seien klar definiert: Transparenz des Vergabeverfahrens, Erhaltung des Wettbewerbs und Vermeidung von Korruption. Ferner sei Wirtschaftlichkeit eines der obersten Gebote. Verschiedene Stellen, wie zum Beispiel der Bund der Steuerzahler, hätten der Stadt eine lupenreine Vergabepraxis attestiert. Es könne nicht das Ziel sein, auf Biegen und Brechen durch beschränkte Ausschreibungen (bis eine Million Euro) heimische Betriebe zu bevorzugen. Außerdem: „Generalunternehmen zu beauftragen bedeutet nicht, dass die Hanauer Betriebe keine Aufträge bekommen.“ Das nun sah wiederum der Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft, Markus Klusak, vollkommen anders. „Die Chancen dafür liegen bei unter fünf Prozent“, erklärte er in seinem Redebeitrag, in dem er die Einzelbeispiele für Erfolgsgeschichten Haarspalterei nannte („Das ist mir zu we-

nig!“). Natürlich wolle man keinen falschen Protektionismus, aber leider müsse man feststellen, dass in einer Zeit, in der Konjunkturpakete über das Land fegten, immer noch viele Handwerker Kurzarbeit fahren müssten. Bewusst provozierend schloss Klusak mit den Worten: „Die Politik weiß, wie man mit Statistiken umgeht.“ Den Handwerker warf der Magistrat seinerseits vor, viele Betriebe hätten auf GU-Anfragen ja noch nicht einmal reagiert.

Zu den Zahlen, mit denen in der mehr als zweistündigen Sitzung jongliert wurde: Von den rund 26 Millionen aus dem Konjunkturtopf flossen 3,7 Millionen Euro an Handwerker in Hanau, fünf Millionen an das Postleitzahlengebiet 60 bis 65 sowie 17 Millionen in das restliche Bundesgebiet. Zwischen 2004 und 2009 investierte die Stadt Hanau insgesamt mehr als 600 Millionen Euro, von denen 123 Millionen in Hanau und 200 Millionen Euro in der definierten Region blieben.

Schützenhilfe erhielt die Hanauer Kreishandwerkerschaft vom Geschäftsführer des Verbandes baugewerblicher Unternehmer in Hessen, Otto Kuhn. Er bescheinigte der Stadt ein ansonsten korrektes Vergabeverhalten, frage sich aber, warum ausgerechnet der Geist des Konjunkturpaketes nicht erfüllt worden sei. Er habe in Wiesbaden erfahren, dass die Stadt Hanau eine der Städte sei, die auffallend stark an GUs vergeben habe. Diese Äußerung brachte OB Kaminsky zwar kurzzeitig so richtig auf die Palme („Nennen Sie Ross und Reiter!“), was hängen blieb, war jedoch die Begründung, die auch Baudezernent Piesold anbrachte: „Die Fristen waren unglaublich eng. Die Koordination wäre nicht nur unheimlich schwierig geworden, sondern die Stadt hätte für die Abwicklung auch um die zehn Stellen schaffen müssen.“ Piesold sprach den Betrieben die Fähigkeit ab, beispielsweise beim Bauvorhaben Kaufmännische Schulen, in drei Losen für drei Gebäudetrakte Fenster korrekt einzubauen. Sein Resümee: „Das Konjunkturpaket wird die gleichen Kriterien erfüllen wie alle anderen.“ Auf Anfrage des HA reagierte Markus Klusak später verhalten: Er wolle erstmal intern Rücksprache halten, sei aber grundsätzlich ein bisschen enttäuscht. „Wir erkennen aber: Diese Runde ist gelaufen.“